

## Medien-Information

---

Donnerstag, 3. März 2022

---

### **Schleswig-Holsteins Schulen auf ukrainische Schülerinnen und Schüler gut vorbereitet: Lehrkräfte thematisieren Konflikt mit viel Empathie | Studentenwerk mit Notfallfonds für Studierende**

KIEL. Kultusministerin Karin Prien hat heute (3. März) den Bildungsausschuss darüber informiert, wie die Schulen mit dem Krieg in der Ukraine umgehen und wie das Land sich auf ankommende Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine vorbereitet hat. „Der Krieg in der Ukraine und das Leid, das die Menschen dadurch erfahren, löst in ganz Europa große Betroffenheit, Sorge und Ängste aus. Die aktuelle Situation erfordert von uns Empathie und Resilienz“, betonte Bildungsministerin Prien. Auch Kinder und Jugendliche verfolgten die Nachrichten und könnten sich den medialen Bildern und Berichten nicht entziehen. Dies gelte in einer medialisierten Welt für alle Kinder und Jugendlichen, hatte die Ministerin in einem Schreiben an die Schulen (SIEHE ANLAGE) betont. „Dabei gilt es die richtige Balance zwischen Informationsbedürfnis und überfordernden Details zu finden“, so Prien. Schon in der vergangenen Woche hatte die Ministerin gelobt, wie an Schulen tagesaktuell auf den Konflikt eingegangen wurde.

Ein weiteres Thema im Bildungsausschuss waren Flüchtlinge aus der Ukraine. „Die EU hat entschieden, Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen, großzügig und ohne administrative Hürden aufzunehmen. Die ersten Familien aus dem Kriegsgebiet sind schon in Schleswig-Holstein angekommen, weitere Familien werden in den kommenden Wochen sicher folgen. Die DaZ-Zentren (Deutsch als Zweitsprache) sind auf zusätzliche Kinder aus der Ukraine vorbereitet, und wir werden an den Schulen alles Nötige unternehmen, um Familien aus der Ukraine Halt zu geben“, so Prien. „Nutzen Sie im Bedarfsfall die psychosozialen Unterstützungsangebote und bestehenden Netzwerke zur Unterstützung“, hatte Prien die Schulen in ihrem Schreiben aufgefordert. Weitere Angebote hierzu würden aktuell in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) und dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) abgestimmt. Ziel sei es, Kinder aus dem Kriegsgebiet möglichst nahtlos in ein soziales Netzwerk einzubinden und in das Schulsystem zu integrieren, hob Prien im Ausschuss hervor.

Schon gestern hatte das Ministerium die Schulen über die rechtlichen Rahmenbedingungen informiert, unter denen Schülerinnen und Schüler problemlos an Friedensdemonstrationen teilnehmen könnten. „Schulen sind ein Ort der Demokratieerziehung. Dazu kann auch gehören, dass Schülerinnen und Schülern im Einzelfall die Möglichkeit gegeben wird an einer Kundgebung teilzunehmen.

Auch für den Bereich der Hochschulen äußerte sich Ministerin Prien:

„Wissenschaftsfreiheit und wissenschaftliche Kooperationsmöglichkeiten beruhen auf den elementaren Werten von Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung“, so Prien. Deshalb sei es so wichtig, dass auch im Wissenschaftsbereich in enger Abstimmung mit dem Bund, den anderen Bundesländern, mit den Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen im Land ein einheitliches Vorgehen in der Ukraine Krise beraten werde.

„Unsere Hochschulen sind natürlich nicht untätig, sondern ergreifen im Rahmen Ihrer Autonomie eigenverantwortlich die notwendigen Maßnahmen“, betonte Wissenschaftsministerin Karin Prien. So habe die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) beispielsweise die Kooperationen mit russischen Universitäten bis auf weiteres ausgesetzt und entschieden, die vier Studierenden der CAU, die sich an der Universität Irkutsk befinden, nach Deutschland zurückzuholen. Das UKSH hat einen Spendenfonds für Medikamente und medizinisches Material eingerichtet und steht mit psychologischer Beratung durchaus Zentrum für Integrative Psychiatrie parat und auch der European XFEL in Schenefeld habe erste Maßnahmen ergriffen. „Man wird dort seine völkerrechtlichen und zivilrechtlichen Verträge erfüllen, das heißt Nutzer aller Mitgliedsstaaten dürfen die Anlage weiter nutzen. Kooperationen, die darüber hinaus gehen werden aber ausgesetzt und neue Aktivitäten mit Russland nicht begonnen“, so Prien.

Auch auf die Studierenden selbst müsse geschaut werden, so Karin Prien. Sowohl ukrainische Studierende als auch russische Studentinnen und Studenten in Deutschland seien durch den Krieg betroffen. „Wir setzen uns dafür ein, dass Studierenden in Not unkompliziert geholfen wird und sind dazu auch mit dem Studentenwerk und den Hochschulen in engem Austausch“, so Karin Prien.